

Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg RM. 1,40
Durch die Post im Orts- und Oberamtsbereich, sowie im sonstigen landwirtschaftlichen Bereich RM. 1,50 mit Postzuschlag.
Preis freibleibend. Preis einer Nummer 10 Pf.
In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Wiederholung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Postämter, sowie Agenturen und Versandvermittler jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 494
Direktion Nr. 24 bei der Oberamts-Poststelle Neuenbürg.

Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Nech'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Wiesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Wiesinger in Neuenbürg.

Nr. 129 Mittwoch den 7. Juni 1933 91. Jahrgang

Der neue Biererpattentwurf

Berlin prüft die neue Fassung

Berlin, 6. Juni. Der französische Ministerrat hat den französischen Botschafter in Rom ermächtigt, den Text des Biererpattes zu paraphrasieren, nachdem der Ministerpräsident über die an dem ursprünglichen Entwurf vorgenommenen Änderungen berichtet hatte, die in Wahrheit dem Patte eine ganz neue Fassung gegeben haben.
Zu dem neuen Text des Biererpattes wird noch bekannt, daß England und Italien ihre Zustimmung bisher nicht erteilt haben, vielmehr die Paraphrasierung davon abhängig machen, daß auch Deutschland sich dazu entschließt.
Von deutscher wohlinformierter Seite wird wiederholt betont, daß gegenüber dem alten Patteentwurf, über den sich alle Beteiligten vor einigen Wochen geeinigt hatten, und den der französische Ministerrat dann bekanntlich ablehnte, der neue Text eine völlig neue Phase in den Verhandlungen bedeutet.
Wie verlautet, werden die für Deutschland wichtigen Vertragselemente, so z. B. die Gleichberechtigung, nur ungenügend berücksichtigt. Die amtlichen Stellen dürften also sorgfältig abwägen, ob noch ausreichendes Interesse an der Paraphrasierung besteht. Mit dem Ergebnis dieser Untersuchung ist daher wohl auch vor morgen nicht zu rechnen.

Entscheidend ist dabei, daß in dem neuen Text die Frage der deutschen Gleichberechtigung weniger stark zum Ausdruck gekommen ist. Der Zweck der Prüfung in Berlin ist also, festzustellen, ob der neue Text ausreichende Sicherheit für die Frage der militärischen Gleichberechtigung bietet, um Deutschland auch weiterhin an dem Zustandekommen des Biererpattes zu interessieren.
Gerüchte aus dem Auslande besagen, daß die italienische und englische Regierung dem neuen von Frankreich vorgeschlagenen Vertragstext bereits zugestimmt hätten. Das ist nur bedingt richtig. Beide Mächte haben erklärt, sie würden zustimmen, wenn die deutsche Zusage vorliege. Die Verhandlungen über den Biererpatt sind also jetzt in das entscheidende Stadium getreten.

Rom, 6. Juni. Im italienischen Außenministerium fand gestern, wie es heißt, auf Anregung Frankreichs beim Unterstaatssekretär im Außenministerium, Suvich, eine Konferenz der Botschafter Deutschlands, Frankreichs und Englands statt. Der französische Botschafter brachte auf dieser Besprechung eine neue Formulierung über die freitragende Punkte des Biererpattes vor, die eine Verschärfung des Patteentwurfes bedeutet.
Die zum Abschluß der außenpolitischen Aussprache heute nachmittag im italienischen Senat erwartete Rede Mussolinis hat nicht stattgefunden. Der italienische Regierungschef hat bei Eröffnung der Sitzung dem Senat, ohne weiteres die Bestimmungen über den Außenposten vorzunehmen. Die Verhandlungen" fügte Mussolini hinzu, "über den Patte für die Zusammenarbeit und Verständigung zwischen den vier europäischen Mächten haben eine Phase erreicht, die binnen kurzem in einen oder anderen Sinne abschließend sein kann." Er behalt sich deshalb vor, wenn nötig, morgen dazu das Wort zu ergreifen. Die Erklärung Mussolinis wurde vom Senat mit Beifall aufgenommen.

Weichsachsenminister von Neurath trifft heute abend wieder in Berlin ein. Die Entscheidung darüber, ob Deutschland der letzten Fassung zustimmen kann, muß mit aller Sorgfalt vorbereitet werden, weil sie von grundsätzlicher Bedeutung ist. Die Reichsregierung hat zwar in der vorigen Woche dem Biererpatt bereits zugestimmt, aber in der Form, die ursprünglich von dem in Rom beglaubigten Botschafter der vier Mächte vereinbart worden war. Erst danach hat die französische Regierung, die vorher durch ihren Botschafter ebenfalls schon die Zustimmung ausgesprochen hatte, erklärt lassen, daß sie doch noch eine Änderung des Textes verlange. Die französische Regierung hat dann einen neuen Text vorgelegt, der jetzt die Grundlage der Beratungen in Berlin bildet.

Eine Habasanalyse des neuen Biererpattentwurfes

Paris, 6. Juni. (Conti.) Die Ag. Havas gibt heute abend eine Analyse des letzten Biererpattentwurfes, der, wie heute bereits betont, gegenüber dem ursprünglichen Patteentwurf einen völlig neuen Text darstellt, der von der deutschen Reichsregierung noch einer sorgfältigen Prüfung unterzogen wird. Nach dieser Habas-Analyse werde in der Brämbel erklärt, daß der Biererpatt in der Hauptfrage bewende, die Verfahrensmethoden des Völkerbundespatte wirksamer zu gestalten, ohne daß die Befugnisse der vier Großmächte den Rechten der anderen Staaten, über die sie ohne diese nicht verfügen könnten, Abbruch tun. Artikel 1 lege vor, daß England, Frankreich, Italien und Deutschland sich dahin verständigt hätten, eine effektive Politik der Zusammenarbeit zu treiben. Artikel 2 bestimme, daß der Meinungsaustausch vor allem der Anwendung der Bestimmungen des Völkerbundespatte gelten werde, namentlich von Artikel 10 (Auslieferung des Patte) und Artikel 16 (Sanktionen im Konfliktfall) und Artikel 19 (Beratungsdirektion). Artikel 3 belege, daß falls die Abklärungskonferenz von Genf scheitern sollte, die vier Mächte sich ins Einvernehmen setzen würden, um untereinander für die unlösbar gebliebenen Probleme eine Regelung zu finden. Artikel 4 präzisiere, daß die Großmächte ebenfalls gemeinsam die Wirtschaftsverträge in Europa, die sie gemeinsam interessierten, prüfen könnten. Artikel 5 lege die Laufzeit des Patte auf zehn Jahre mit einer Erneuerung für den gleichen Zeitraum fest, falls nicht bei Ablauf des achten Jahres nach Zustimmung etwas anderes bestimmt werde. In Artikel 6 endlich wird bestimmt, daß der französische Text des Abkommens im Falle von Streitigkeiten als verbindlich gelte.
In dieser Analyse des neuen Biererpattentwurfes gibt die Agentur Havas einen Kommentar, in dem es heißt, die französische politischen Kreise sei man der Ansicht, daß die französische Regierung ihre offizielle Zustimmung zu dem Abkommensentwurf — natürlich unter Vorbehalt des Ratifizierungsrechts durch das Parlament — gegeben habe, weil der Ministerpräsident hinsichtlich der Änderungen, die Daladier und Paul-Boncour am alten Text forderten, Genehmigung erhalten hätte, namentlich bei den Bestimmungen, die er vor einigen mit dem englischen Geschäftsträger führte. In der Tat bringe der Text, so heißt es in dem Kommentar weiter, auf den Mussolini und die Vertreter Frankreichs und Englands sich geeinigt hätten, das Vermögen im Ausgleich zum Ausdruck und man hege die Hoffnung, daß Deutschland seinerseits binnen kurzem sich ihm anschließen werde. Während der ursprüngliche Text im wesentlichen die Revision der Friedensverträge und die Wiederherstellung der Gleichberechtigung durch die Zusammenarbeit im Biererdirektorium der Großmächte vorschäufte, erweise der letzte Text viel nuancierter. Weit davon entfernt, den Vorrechten des Völkerbundes Abbruch zu tun, beruhe er sich im Gegenteil ausdrücklich auf die Bestimmungen des Völkerbundespatte und bestätige die Verpflichtungen der Locarnoabkommen und des den Krieg ächtenden Briand-Kellogg-Pattes.

der Erwartung, daß direkte Verhandlungen eine Verständigung zwischen Rom und Paris hinsichtlich der zwischen beiden Ländern schwebenden Streitfragen herbeiführen würden.
Das scheint das Gesamtergebnis zu sein, das die französische Kammer von der Regierung erreichen wollte, als sie ihr kürzlich mit starker Mehrheit die Ermächtigung erteilte, die Verhandlungen wegen des Abschlusses des Biererpattes fortzusetzen.
Zum Schluß gibt der Havas-Kommentar der Erwartung auf eine Neuprüfung Deutschlands Ausdruck, durch die erst der Patte wirksam werden könne.

Im Zusammenhang mit der oben von der Agentur Havas gegebenen Analyse des französischen Wunsches entsprechenden neuen Patteentwurfes sei nochmals auf die Conti-Meldungen hingewiesen, in denen nachdrücklich betont wurde, daß der in Berlin eingegangene Patte einer sorgfältigen Prüfung unterzogen wird, bevor die Frage entschieden werden kann, ob eine Paraphrasierung dieses Entwurfes im deutschen Interesse liegt.
Im Zusammenhang mit der oben von der Agentur Havas gegebenen Analyse des französischen Wunsches entsprechenden neuen Patteentwurfes sei nochmals auf die Conti-Meldungen hingewiesen, in denen nachdrücklich betont wurde, daß der in Berlin eingegangene Patte einer sorgfältigen Prüfung unterzogen wird, bevor die Frage entschieden werden kann, ob eine Paraphrasierung dieses Entwurfes im deutschen Interesse liegt.

Interview des Ministerpräsidenten Göring über die deutsch-französischen Beziehungen

Paris, 6. Juni. (Conti.) „Petit Journal“ veröffentlicht ein Interview, das der preussische Ministerpräsident Hermann Göring einem Sonderberichterstatter des Blattes gewährte. Die Unterredung drehte sich um das Problem der deutsch-französischen Beziehungen. Ministerpräsident Göring sprach zunächst über das Biererpattentkommen. Niemand mehr in Deutschland glaube noch an die Gleichberechtigung, die man Deutschland mit den Lippen gewährt habe. Aus vielen Gründen, so sagte der Ministerpräsident weiter, können und wollen wir keinen Krieg führen. Wenn eines Tages der Verteidigungsstreik notwendig werden sollte, würde das deutsche Volk ihn energisch führen, aber niemals einen Angriffskrieg. Ein europäischer Krieg würde leisten Endes nur dem Bolschewismus zugutekommen. Was will Frankreich von uns? Frankreich befehlt die stärkste Armee Europas, Verbündete, Garantieverträge. Deutschland steht allein und seine Rüstung ist beschränkt, das wir nicht einmal feindlichen Fliegern verhindern könnten, unsere Städte zu bombardieren. Will Frankreich etwa diese Situation verlängern, wenn es von seiner Sicherheit spricht? Heute, 14 Jahre nach dem Friedensschluß, kosten wir, sobald wir den kleinen Finger rühren, um allmählich die Freiheit wieder zu erlangen, ohne die niemand existieren kann, sobald wir irgend eine Bewegung nach irgend einer Richtung tun, auf die Opposition Frankreichs. Warum? Was trennt im Grunde genommen beide Völker? Nichts, wenn nicht gegenseitige Protentionen. In jeder Hinsicht können die Interessen der beiden Völker in Einklang gebracht werden. Je mehr ich darüber nachdenke, umso mehr komme ich zu der Überzeugung, daß beide Nationen sich verständigen müssen. Die französischen Staatsmänner kommen mit den Staatsmännern aller Länder zusammen, nur nicht mit den deutschen. Es gibt keine direkte Aussprache zwischen beiden Regierungen, deren Zusammenarbeit mehr als jede andere den Frieden und das Wohlergehen Europas sichern würde, und dies gerade in einem Augenblick, in dem Deutschland sich eine starke Regierung gegeben hat, die fähig ist, Verantwortung zu übernehmen, was die not-

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile ober deren Raum 20 Zeil., Restzeile 20 Pf. Restzeile 100 Pf. Prospekt, Offerte und Anzeigen 20 Pf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle der Wagnerschaltung hinlänglich wird, diese wenn die Zahlung nicht innerhalb 3 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Berichtshaus für beide Teile in Neuenbürg. Für viele Aufträge wird keine Gewähr übernommen. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Neue Wege in der Judenfrage

H. Berlin, den 6. Juni 1933.

Es war zu erwarten, daß nach der Einführung des Arierparagraphen bei der Beamtenstellung das eigentliche jüdische Problem noch nicht gelöst sein würde. Inzwischen sind ja erheblich mehr jüdische Anwälte zugelassen worden, als es ursprünglich den Anschein hatte. Und auch der Vorstoß eines „Aidegesellschaften“ Kerzervereins, den Juden solle schlichterdinge die Ausübung der Praxis von Staatswegen verboten werden, sind sehr schnell vom Staate selbst abgeknippt worden. Aber die eigentliche Judenfrage besteht weiter. Wie soll künftighin die staatsbürgerliche Stellung der deutschen Juden beschaffen sein? Das Parteiprogramm der NSDAP. schreibt vor, daß kein Jude deutscher Staatsbürger sein kann, da auf ihn der Begriff des Volksgenossen nicht zutrifft. Wird es möglich sein, diese Forderung zu verwirklichen?
In den letzten Tagen fanden mehrfach in der Reichshauptstadt Besprechungen über eine künftige Regelung der Judenfrage statt. Diese Besprechungen hatten zwar nur informatorischen Charakter und sollten mehr die Grundlage für spätere Entschlüsse bilden, als selbst schon Gesetze in Vorschlag bringen. Die großen Richtlinien scheinen bei diesen Beratungen jedoch bereits gefunden zu sein. Man muß sich hier an die Darlegungen halten, die Dr. Conti aus dem Ministerium des Innern vor einem kleinen Kreise ärztlicher Berichterstatter machte. Dr. Conti betonte ausdrücklich, daß alle „Rassfragen“ in Zukunft „nüchtern, sachlich, ohne Affekt und Werturteil“ behandelt werden müßten. Hinsichtlich der zukünftigen Stellung der Juden im deutschen Staatsverband würde sich, so meinte Dr. Conti, die Behandlung der Judenfrage dadurch vereinfachen, daß in Zukunft streng getrennt werden müßte zwischen jüdischen Volks- und Staatsangehörigen, bzw. zwischen staatsangehörigen und staatsangehörigen. Ausgehend von der Tatsache, daß man zwar zwei verschiedenen Staaten, jedoch nicht zwei verschiedenen Völkern angehören könne, plant man offensichtlich die Stellung der Juden unter ein Minderheitenrecht. Dieses Recht würde ihnen die deutsche Staatsangehörigkeit belassen, sie von bestimmten Berufen jedoch ausschließen, wie ihnen auch bestimmte Rechte und Pflichten nehmen, die ihnen auch bestimmte Rechte und Pflichten nehmen, die dem Volksgenossen angebilligt werden oder ihm auferlegt sind. Alle Weiterungen, die in einer Diffamierung der Juden bestehen, werden in Zukunft weggelassen. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die Juden keine minderwertige, sondern eine anderwertige Rasse sind. Die neue Stellung der Juden soll also keine Repressalie oder Bestrafung, sondern ein Zeugnis der beiderseitigen Volkstüme vor verhängnisvollen Zusammenstößen und tragischen Vermischungen sein.
Während man jedoch hier das letzte Wort noch nicht gesprochen hat, ist man sich wohl vollkommen darüber im Klaren, was in bestimmten Einzelfragen zu geschehen hat. Wo es z. B. nicht möglich sein wird, die seit 1914 angewandten Erfolge auszuweiten oder sie in Güte loszuwerden, wird man sie auf jeden Fall zwingen, ihren ursprünglichen Namen wieder anzunehmen. Unter der Regierung Braun-Severing in Preußen war es z. B. Rode geworden, daß sich eben erst eingewanderte Ostjuden umtaufen ließen und die Namen von alten deutschen Familien annehmen. Die Protekte dieser Familien wurden stets mit Hohn zurückgewiesen. Deshalb ist beabsichtigt, alle seit dem 1. August 1914 vorgenommenen jüdischen Namenswechsel, die ja in erster Linie die Ostjuden betreffen, rückgängig zu machen.

Inzwischen ist in der Zusammenarbeit zwischen Propaganda- und Reichsinnenministerium ein Sachverständigenbeirat für Bevölkerungs- und Rassenpolitik berufen worden. Ihm gehören u. a. Dr. Wagner, der Führer der deutschen Kerzervereinigung, der Ministerialrat Prof. Günther-Jena, der Reichsbauernführer Darré, Prof. Dr. Schulze-Kaumburg sowie Dr. Burgdorfer aus dem Statistischen Reichsamt an. Es kann angenommen werden, daß dieser Beirat für Rassenpolitik auch die notwendigen Gelegenheitswürde über die künftige Stellung der Juden ausarbeiten hat. Mit offensichtlichen Einverständnis der Deutschen Adelsgesellschaft veröffentlicht übrigens der Preussische Vertriebsrat der NSDAP. einen Vorschlag, alle in den letzten hundert Jahren adeligen jüdischen Familien, sowie alle ursprünglich deutschen Adelsfamilien, die in den drei letzten Generationen jüdisches Blut aufgenommen haben, zu entadeln. Es ist ja bekannt, daß es besonders die kleinen Fürken waren, die gegen eine bestimmte für wohlhabende Jüdische entrichtete Zahlung den erblichen Adel verließen. Auch die Habsburger haben auf diesem Gebiet schrittweise gefordert. Gerade in der Hitlerzeit, die ja fast von den Ideen der deutschen Jugendbewegung beeinflusst ist, lebt der Wille zu einem neuen Adel. Wenn man in diesem Zusammenhang noch an die von dem Reichsbauernführer Darré geforderten „Reinhold“ erinnert, die gewissermaßen als in Erbinahme neuartige Großlandwirtschaftsbetriebe für politisch und rassenmäßig ausgezeichnete Persönlichkeiten gedacht sind, so kann man hieraus mühelos die Formen erraten, in denen sich die Schaffung eines neuen Adels vollziehen wird.

wendige Bedingung für jede weitblickende Politik ist. Frankreich und Deutschland mögen miteinander verhandeln, dann werden sie, wie ich fest überzeugt bin, einen gemeinsamen Weg finden. Vorläufig ist die Atmosphäre nicht gut. Gewiß, ich bewillige mich, sie zu bessern. Man ändert keine traditionellen Strömungen von heute auf morgen. Das ist ein langwieriges Unternehmen, aber man muß es versuchen.

München 6. Juni. Der mit Verfügung der politischen Polizei vom 2. Juni verbotene katholische Gedenktag wurde unter der Bedingung aufgehoben, daß diese Veranstaltung auf den Ausstellungspark und das Dante-Stadion beschränkt bleibt und daß außerhalb des Ausstellungsparks und des Dante-Stadions weder Aufmärsche stattfinden, noch entrollte Fahnen gezeigt werden.



Aus Stadt und Land

Wetterbericht. Ueber Skandinavien liegt ein Hochdruckgebiet, bei Island zeigt sich eine starke Depression. Für Donnerstag und Freitag ist noch vielfach heiteres, aber zu Gewitterstürmen geneigtes Wetter zu erwarten.

Serreralb, 6. Juni. (Gedenktag.) Gestern vor 30 Jahren hat Regierminister Karl Wein im jetzigen Feiertagsdenkmal sein Gedächtnis als Reichsminister eröffnet. Nach Verlauf von zwei Jahren führte er es in seinem jetzigen Ansehen weiter, allerdings zuerst räumlich sehr beengt. Mit zielbewusster Tatkraft und Umsicht, Schritt für Schritt vorgehend, errang er sich die nötige Bewegungsfreiheit, besonders als sich Gelegenheit bot, das ehemalige Regier Ministerium anzuweisen nebenan hinzu zu erweitern, so daß ein organisches Ganzes zustande kam. Unterstützt von gleichstrebenden Söhnen schuf er mit höchstem Erfolg seine heutige bedeutende Schlichterei mit zwei Filialbetrieben in Karlsruhe, stets mit den Grundrissen unantastbarer Regelmäßigkeit und Gewissenhaftigkeit. Ein wesentlicher Anteil am gesund gedeihenden Aufbau gebührt der Hausfrau, welche mit unermüdetem Fleiß, stets freundlich und gefällig gegenüber dem großen Kundenkreis, mittelbar und unmittelbar den Verkauf regelt. Auf beachtenswerte Weise, ganz dem Wesen der Familie entsprechend, beging der Meister mit den Seinen das kleine Gedächtnis. Das weitgehende Ansehen und die ungeteilte Beliebtheit der Familie Wein gründet sich auch auf der Tatsache der oftprobieren Vereinfachung zu Opfern der Nachkommenschaft, die immer im Stillen waltete. Unsere herzlichsten Glückwünsche für gleich erfolgreiche Weiterarbeit!

Serreralb, 6. Juni. Am Pfingstmontag abend ereignete sich auf der Hauptstraße Döbel-Serreralb ein schwerer Unfall. Ein etwa 28 Jahre alter Mann aus Serreralb fuhr mit seinem Kraftwagen zu rasch den Döbel herunter, konnte deshalb die große Wegung dort nicht mehr nehmen und fuhrte unterhalb der drei Marksteine den Rain hinunter. Er wurde so wuchtig vom Rad geschleudert, daß er eine große Kopfwunde und eine große Niederwerfung davontrug und sich außerdem die ganze rechte Körperseite aufstellte. Ein Gesellschaftswagen aus Stuttgart nahm den Schwerverletzten mit und brachte ihn nach Serreralb zurück.

Württemberg

Tübingen-Guz. (Aus Innenministerium berufen.) Wie der „Guzbote“ dort, wurde Oberamtsarzt Veterinärarzt Dr. Haas ins Innenministerium berufen.

Kagold. (Seimliche Kommunistenversammlung.) Wie der „Guzbote“ von gutunterrichteter Seite erzählt, wurde am Pfingstmontag nachmittags dem Sturmführer der SA. Altensteig eine Kommunistenversammlung im Walde bei Lerne gemeldet. Dieser begab sich mit sieben SA-Leuten zu besagter Stelle und stellte etwa 80 getarnte Kommunisten fest, denn diese trugen das Hakenkreuzabzeichen und ihre Fahrräder den Hakenkreuzwimpel. Die „barmherzigen Leute“ schienen beim Eintreffen der Braunhemden erschrocken und versuchten teilweise zu entkommen. Ein Schreckschuß des Führers gebot ihnen jedoch ernstlich Halt. Trotz des Verbotes von 17 wurden die Reaktionsäre zusammengetrieben — einige löschten eufommen zu sein — und namentlich festgehalten. Es handelt sich in der Hauptsache um Mitglieder der verflochtenen KPD, aus Stuttgart, Feuerbach, Jüdenbach, Altensteig und Eßlingen. Das Landjägerkorpskommando hat sich des ungläublichen Falles angenommen, auch soll gestern in der Sache ein Stuttgarter Kriminalkommissar in Altensteig eingetroffen sein.

Überlingen, 6. Juni. (Ueberfahren.) Am Abend des Pfingstmontags wollte der 17jährige Wilhelm Kühle mit seinem Fahrrad auf die Straße, die um diese Zeit sehr starken Autoverkehr hatte, herausfahren. Im selben Augenblick kam aus Richtung Calw ein Auto. Der Radfahrer wurde vom Koffelgel erfaßt und auf die Straße geschleudert, wo er bewußtlos liegen blieb. Er mußte ins Krankenhaus übergeführt werden.

Stuttgart. (Oberstaatsanwalt Dr. Tafel aus der Haft entlassen.) Oberstaatsanwalt Dr. Tafel ist nach fünfwöchiger Untersuchungshaft auf freien Fuß gesetzt worden. Von drei weiteren mit Dr. Tafel in der Verhaftungshaft befindlichen Personen sind zwei, ein Herr und eine Dame, schon früher aus der Haft entlassen worden, während sich eine Frau noch in Haft befindet. Was zu der Haftentlassung von Dr. Tafel Anlaß gegeben hat, dürfte wohl durch eine amtliche Mitteilung seine Erklärung finden.

Stuttgart. (Ausfluß von Denunzianten.) Wie der nationalsozialistische Gauleiter Schmidt im „Kurier“ bekannt gibt, mehren sich in den Ministerien die Klagen von Parteigenossen darüber, daß Parteigenossen oder angebliche Parteigenossen sich einfinden, um altbewährte Kämpfer der Bewegung zu verlocken. Es handelt sich meistens um feindliche Denunzianten. Der Gauleiter hat deshalb angeordnet, daß Parteigenossen, welche andere Parteigenossen über den Kopf des Kreisleiters oder des Gauleiters hinweg bei irgend einer Versammlung verflagen, sofort aus der Partei ausgeschlossen werden.

Tübingen. (Hitler, Goering und Goebbels fahren durch Tübingen.) Am letzten Samstag gegen 1/6 Uhr abends kamen von Serreralb her durch die Geisenstraße etwa sechs Regierungswagen. Sofort fielen die schönen Mercedes-Wagen den dort stehenden Zuschauern auf, und es dauerte nicht lange, bis die Insassen erkannt wurden. Im ersten Wagen saßen der Reichsminister Adolf Hitler und Ministerpräsident Goering, im zweiten Goebbels mit seiner Frau und Stabschef Koebm, in den weiteren Wagen das Gefolge und andere Damen.

Wüppingen. (Der Gerichtsvollzieher mit Gerichtshof bedroht.) Der Gerichtsvollzieher sollte in einem benachbarten Oberamt bei einem Kaufmann eine Pfändung vornehmen. Zunächst suchte der Schuldner die Pfändung dadurch zu hindern, daß er die angebrachten Siegelmarken abriß. Als ihn der Beamte auf die Ungeheuerlichkeit seiner Handlungsweise hinwies, geriet der Kaufmann darauf in Wut, daß er zur Wiltol griff und drohte, den Gerichtsvollzieher zu erschlagen. Die herbeigerufene Polizei, die dem Rabiaten die Waffe abzunehmen versuchte, geriet mit ihm in eine Rauferei, sodas es dem Polizeibeamten erst gelang, in den Besitz der Waffe zu kommen, nachdem beide auf dem Boden lagen. Gegen den Kaufmann ist ein Strafverfahren eingeleitet.

Wüppingen. (Was der Gemeinderat nicht alles beschließen soll.) In der Gemeinde Reichenbach-Fils sind zurzeit vier Friseurgeschäfte im Betrieb. Da nun der Inhaber eines Geschäfts den Ort verläßt, wurden die übrigen drei Geschäftsinhaber beim Gemeinderat durch eine Eingabe vorstellig, es möge beschlossen werden, daß das leer werdende Geschäftslokal nicht wieder von einem neuen Friseur besetzt und eröffnet werde. Der Gemeinderat mußte die Eingabe ablehnend behandeln, da jegliche gesetzliche Handhabe dem Gemeinderat fehlt, um die Neueröffnung eines Friseurgeschäftes zu unterbinden.

Tübingen. (Studentenschaft und Reichsbischof.) Die Studentenschaft hat eine Kundgebung beschlossen, worin sie sich in der Frage der Reichsbischofswahl hinter Wehrkreispfarrer Müller, den Vertrauensmann Adolf Hitlers, stellt, um ein Vertrauensverhältnis zwischen dem neuen nationalsozialistischen Staat und einer neu werdenden evangelischen Kirche zu schaffen.

Wüppingen. (Erdbeben.) Am Pfingstfest, abends etwa um 8 Uhr, wurden hier zwei deutlich spürbare Erdstöße wahrgenommen. Die einzelnen Stöße waren so hart, daß Auf-

gänger auf der Straße sie empfunden haben. Da und dort sind Personen auf die Straße gesprungen.

Oberndorf a. N. (Allen Schwägern zur Warnung!) Ein hiesiger Bürgerjohn hat kürzlich in einem Brief über den Reichsminister Dr. Goebbels eine Reueuerung getan, die reichlich zweideutig und ungebührig war. An sich wäre Verbrüderung auf den Deuberg die heilsamste Antwort gewesen. Im Einvernehmen mit den Kommissaren hat jedoch das Oberamt den Fall dadurch erledigt, daß der Vorlaute zu einer Buße von 25 Mark für die „Opfer der Arbeit“ verpflichtet wurde.

Stuttgart. (Geschäftsbelegung.) Verschiedene hiesige Betriebe konnten in letzter Zeit wieder Arbeitskräfte teilweise in größerem Umfang einstellen. Das Schuhgeschäft Grünberg hat nunmehr auf den ihm geeigneten Termin die Stadt verlassen. Wie verlautet, soll es seinen Laden in Straßburg aufmachen.

Das württ. Ermächtigungsgesetz

Stuttgart, 6. Mai. Der vom Staatsministerium dem Präsidium des Landtags überlieferte Entwurf eines Gesetzes zur Behebung der Not des Landes (Ermächtigungsgesetz) lautet:

Art. 1. Landesgesetze können außer in dem in der Verfassung vorgegebenen Verfahren auch durch das Staatsministerium beschlossen werden. Das gilt auch für die in den §§ 48 und 51 der Verfassung bezeichneten Gesetze. Diese landesrechtliche Ermächtigung löst das Gesetzgebungsrecht unberührt, das nach § 1 Abs. 1 des Vorläufigen Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31. März 1933 dem Staatsministerium als Landesregierung von Reich wegen zusteht. Die vom Staatsministerium beschlossenen Gesetze können auch über den in § 2 des Vorläufigen Gleichschaltungsgesetzes bezeichneten Umfang hinaus von der Verfassung abweichen. Die Einrichtung des Landtags als solche darf jedoch nicht berührt werden.

Art. 2. Die vom Staatsministerium beschlossenen Gesetze werden vom Ministerpräsidenten oder seinem Stellvertreter und mindestens einem weiteren Minister unterzeichnet. Sie werden vom Reichsstatthalter in Württemberg ausgefertigt und im Regierungsblatt für Württemberg veröffentlicht. Diese Gesetze treten, soweit sie nichts anderes bestimmen, mit dem auf die Verkündung folgenden Tag in Kraft. Die §§ 5 bis 7, 41 bis 43 und 47 Satz 2 der Verfassung finden auf diese Gesetze keine Anwendung. Die Verordnung des Staatsministeriums über die Ausfertigung und Verkündung der von der Landesregierung beschlossenen Gesetze vom 5. April 1933 (Reg.-Bl. S. 67) wird aufgehoben.

Art. 3. Dieses Gesetz ist dringlich und tritt mit dem Tag seiner Verkündung in Kraft. Es tritt mit dem 1. April 1937 außer Kraft.

In der Begründung heißt es: Das Staatsministerium hat als Landesregierung durch § 1 des Vorläufigen Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31. März 1933 das Recht erhalten, außer in dem in der Landesverfassung vorgegebenen Verfahren Landesgesetze zu beschließen und hierbei auch in gewissen, in § 2 des Gesetzes genannten Umfang von den Bestimmungen der Landesverfassung abzuweichen. Jedoch darf die Einrichtung des Landtags als solche nicht berührt werden. Die Württembergische Regierung hat es trotz dieser reichsrechtlichen Ermächtigung, und obwohl der Bestand der Regierung nicht mehr vom Landtag abhängig ist, für notwendig erachtet, beim Württ. Landtag noch ein besonderes Ermächtigungsgesetz einzubringen. Es war hierbei der Gedanke entscheidend, daß die Regierung Wert darauf legt, zu allen ihren Maßnahmen zur Behebung der Not des Landes auch noch die besondere Vollmacht des auf Grund des Wahlergebnisses vom 5. März ds. Js. neu gebildeten Württ. Landtags und damit des württembergischen Volkes zu haben. Bei der weitgehenden staatsrechtlichen und politischen Umformung, in der sich unser gesamtes öffentliches Leben zur Zeit befindet, ist es notwendig, daß die Regierung vom Landtag auch das Recht erhält, von den Bestimmungen der Landesverfassung abzuweichen, soweit nicht die Einrichtung des Landtags als solche berührt wird. Zwar hat das Vorläufige Gleichschaltungsgesetz in seinem § 2 den Landesregierungen schon das Recht gegeben, zur Neuordnung der Verwaltung, einschließlich der gemeindlichen Verwaltung und zur Neuregelung der Zuständigkeit von der Landesverfassung abzuweichen. Es sollte dadurch aber keineswegs ausgeschlossen werden, wie in der Begründung zu diesem Reichsgesetz gesagt war, daß ein Landtag einer Landesregierung noch ein weitergehendes Recht hinsichtlich der Abweichungen von der Landesverfassung erteilen kann. Eine solche weitergehende Ermächtigung erscheint auch um deswillen angezogen, weil die Begriffe in § 2 des Vorläufigen Gleichschaltungsgesetzes „Neuordnung der Verwaltung“ und „Neuregelung der Zuständigkeiten“ immerhin dehnbar sind, die weitergehende Ermächtigung, von der die Regierung nur in dringenden Fällen Gebrauch machen wird, auch größere Klarheit schafft und sie zugleich zum Ausdruck bringt, daß auch hinter beratigen Maßnahmen der Regierung der Wille des Volkes steht.

Baden

Pforzheim, 6. Juni. 3000 Scharnhorst-Jüngens des Landesverbandes Baden-Württemberg marschierten über Pforzheim in Pforzheim. Strahlende, froh Gesicht. Nicht politisieren wollen sie. „Soldat sein für Deutschland!“ Das ist ihr Wollen. Das alte deutsche Soldatenblut im deutschen Volke bricht bei diesen Jungen, im Alter von sechs bis sechzehn Jahren Stehenden, freudig durch. Zum erstenmale seit seinem Bestehen in der Scharnhorst nun mit einem größeren Aufmarsch an die große Öffentlichkeit getreten. Am Pfingstmontag abend und

Ein guter Rat: **ODOL** ZAHNPASTA

am Sonntag in den frühen Morgenstunden hielten die jungen Kameraden nach schöner Fahrt durch den herrlichen Schwarzwald, wo sie überall begeistert begrüßt wurden, ihren Einzug in die festlich geschmückte Stadt. Jede Familie, die es irgendwie machen kann, will einen ins Quartier. Am Sonntagvormittag war Feldgottesdienst und Appell. Am Nachmittag zogen die jungen Kämpfer durch die Straßen der Stadt. Dann erfolgte der Vorbeimarsch vor dem Stahlhelm-Bundesführer, an „ihrem“ Kameraden Benzl und seinem Stabe. Keine Müdigkeit sah man da, obwohl die Jungen schon sehr viel körperliche Anstrengungen, wie den dreistündigen March durch die Stadt in glühender Sonnenhitze, hinter sich hatten. Raum war der Vorbeimarsch vorüber, da zeigten die Scharnhorst-Jüngens an den Ufern der Nagold, was sie unter ihren Stahlhelm-Führern alles gelernt hatten. Die Beteiligung der Bevölkerung an diesen Vorführungen war so groß, daß nur mit größter Mühe der Platz für die Abteilung frei gehalten werden konnte. Am Abend fand dann im Saalbau eine große Kundgebung statt, wobei Dr. Benzl erklärte, daß jeder Angriff auf den Scharnhorst ein Angriff auf den Stahlhelm sei und daß die Minister Goering und Dr. Goebbels wiederholt erklärt hätten, zwischen Feldgran und Braun dürfe kein Miß entstehen. Die Scharnhorst-Jüngens möchten Männer werden, die für ihr Vaterland leben und kämpfen, und wenn es sein muß, auch sterben können. Am Pfingstmontag war großes Beden und im Anschluß daran Geländespiele. Dann fuhren die Scharnhorst-Jüngens in ihre Heimat zurück.

Letzte Nachrichten

Ludwigshafen, 6. Juni. Bei einem Zusammenstoß zwischen einem Autobus und einem Eisenbahnzug an einer Bahnübergang sollen 18 Personen des Kraftwagens getötet worden sein. Der Führer des Autobusses und zwei Passagiere wurden verletzt.

Stade, 6. Juni. Das Dorf Abwelen bei Schaeffel wurde am Pfingstmontag von einem Großfeuer heimgelacht, das durch spielende Kinder verursacht wurde. Unter den elf eingekerkerten Gefangenen befindet sich auch der „Hauptmann“ Hof, in dem am Pfingstmontag noch das große Schützenfest des Dorfes abgehalten wurde. Die rasche Verbreitung des Feuers ist darauf zurückzuführen, daß brennende Strohballen, die von dem Sturm Hunderte von Metern in der Umgebung fortgetragen wurden, dem Feuer reichliche Nahrung gaben. Die Lösungsarbeiten wurden durch Wassermangel hoch behindert.

Recke de Bernabuco, 6. Juni. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist heute um 13.05 Uhr hier eingetroffen.

Ueber eine Million Aufnahmegeluche in die NSDAP.

München, 5. Juni. (Conti.) Reichsstatthalter Schwarz erklärt im „Völkischen Beobachter“ folgende Bekanntmachung: Kurz vor der Mitgliederwahl sind bei der Reichsleitung derartige Massen von Aufnahmegeluchen eingegangen (weit über eine Million), daß die Erledigung dieser Aufnahmen Monate in Anspruch nimmt. Reklamationen hinsichtlich dieser Anmeldungen sind daher vollkommen zwecklos und vermehren nur unnötigerweise die Arbeit bei der Zentrale.



Die Bonner Prinzen-Hochzeit

Prinz Wilhelm von Preußen und seine Braut, Dorothea v. Soloviat, nehmen am Vorabend ihrer Vermählung in Bonn den Vorbeimarsch des Stahlhelms ab, dem der Prinz, der älteste Sohn des Kronprinzen, als Bataillonsführer angeht.

Das Ehrenmal der Deutschen Burschenschaft



Das schon durch die gedankliche Gestaltung eindrucksvolle Ehrenmal der Deutschen Burschenschaft, das zu Pfingsten in Eisenach feierlich eingeweiht wurde. Der Entwurf stammt von dem Architekten Friedrich Hauser und dem Bildhauer E. Damm, beide Ludwigsburg

Schwerer Verkehrsunfall in Berlin
Zwei Tote, zahlreiche Verletzte

Berlin, 6. Juni. Der Führer eines Kraftwagens, der in überaus schneller Fahrt die Invalidenstrasse im Norden Berlins entlang fuhr, verlor die Gewalt über seinen Wagen und rampte einen Straßenbahnwagen. Der Kraftwagen geriet in Brand. Der Führer wurde so schwer verletzt, daß er auf dem Wege ins Krankenhaus starb. Von den beiden Mitfahrern des Kraftwagens wurde einer getötet und einer schwer verletzt. Der Führer des Straßenbahnwagens mußte mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden. Außerdem erlitten noch sechs Personen Verletzungen. Bei den meisten von ihnen handelt es sich um Fußgänger oder Fahrgäste des Straßenbahnwagens.

Belästigung eines Deutschen in Brüssel

Brüssel, 6. Juni. In einer der Hauptstraßen Brüssels wurde heute mittag ein aus Südwestfalen stammender Deutscher, der von einem im Hofen von Antwerpen liegenden Dampfer einen Ausflug nach Brüssel unternommen hatte, von belgischem Publikum belästigt, weil er an seinem Tagzug sichtbar ein Hakenkreuzobjekt trug. Die Menge ging zu tödlichen Angriffen über, bis ein Polizeibeamter sich des Deutschen annahm. Da die Mächtig anwachsende Menge weiter eine bedrohliche Haltung annahm, wurde der Deutsche in Polizeigewahrsam genommen. Die von dem Vorfall benachrichtigte deutsche Gesandtschaft in Brüssel erreichte die Freilassung des Inhaftierten, nachdem er zwecks Verfolgung der Täter im Protokoll vermerkt worden war.

Mittelstandspolitik und öffentliche Wirtschaft

Von Dr. Otto Kraus

Nach langen Jahren eines starren Wirtschaftsdiktatoriums ist es nunmehr an der Zeit, ein organisches Verhältnis in der wirtschaftlichen Leitung herzustellen. Mittelstandspolitik ist nicht etwa nur eine soziale Maßnahme, um einem möglichst starken Berufsstand auskömmliche Lebensbedingungen zu schaffen, sondern ein entscheidendes Mittel, um die Gefährdung des wirtschaftlichen Organismus durch Entfernung der Krankheitsreize und Störungs-elemente, die solange ein sozial schädliches Dasein führen konnten, endlich herbeizuführen.

Alle Mittelstandspolitik geht aus von der durch ausnahmslose Erfahrung bewiesenen Erkenntnis, daß die Wiedergeburt der Wirtschaft die in mittelgroße Betriebe ist mit einem selbständigen Unternehmer an der Spitze. Geradezu verhängnisvoll aber hat sich der wachsende Umfang der öffentlichen Wirtschaft ausgewirkt.

In der Vorkriegszeit erhielten der deutsche Arbeiter und Unternehmer bei einem Aufwand von hundert Arbeitsstunden den Gegenwert von 73 Arbeitsstunden; den Rest, also 27 Arbeitsstunden, beanspruchte die deutsche öffentliche Wirtschaft. Im Jahre 1927/28 erhielten Arbeit und Kapital in Deutschland nur mehr 35 Prozent ihrer Leistung, während die öffentliche Wirtschaft bereits 65 Prozent davon für sich in Anspruch nahm. Die Belastung des gesamten Dreienbaus liegt also in dieser Zeit um 19,5 Prozent, also um annähernd ein Fünftel. Der Rest der öffentlichen Hand wurde damals nach Abzug sämtlicher Schulden und ohne Berücksichtigung der Reichsbahn auf mindestens 25 Milliarden geschätzt, und der Produktionswert der öffentlichen und halböffentlichen Betriebe Deutschlands jenseit der gesamten deutschen Landwirtschaft gleichgestellt. Bei den Betrieben der öffentlichen Hand ist zu unterscheiden zwischen Versorgungsbetrieben mit Monopolcharakter und jenen Unternehmungen, die der Privatwirtschaft Konkurrenz machen. Dabei wird die Konkurrenzfähigkeit dieser Betriebe, deren Aufgabe die Privatwirtschaft, der mittelständische Betrieb, viel besser und billiger erfüllen können, erst durch Steuerbefreiung und Vergünstigungen bei der Vergütung von öffentlichen Aufträgen aller Art aufrecht erhalten. Einerseits wurde die Wirtschaft mit Steuern überlastet, um ihr gleichzeitig durch die steuerfreien öffentlichen Betriebe Konkurrenz zu machen, die unter Annahme von Subsidien den Konsumenten gleichsam als Untertanen der

öffentlichen Hand betrachtet haben. Dazu kommt noch eine wirtschaftliche Nachstellung, eine Art Kontrolle über Teile der Privatwirtschaft, die auf die Rundschaft der öffentlichen Betriebe angewiesen ist. Während die arg bedrängte Privatwirtschaft noch dazu das ganze Risiko einer Fehlproduktion durch die öffentliche Wirtschaft das Risiko allein tragen muß, kann die öffentliche Wirtschaft das Risiko wiederum auf die private Wirtschaft abwälzen. Die Reichsregierung, die der Initiative des privaten Unternehmers wieder etwas Luft schafft, wird auch gegen diese Verengung der Privatwirtschaft Maßnahmen treffen.

Aus Welt und Leben

Warum der Himmel blau ist, ist immer wieder eine alte Frage. Der Höflicher sagt hierzu: Die Blaufärbung des Himmels haben wir dem Sonnenlicht zu verdanken. Ein Sonnenstrahl ist nämlich nicht farblos oder weiß, sondern setzt sich aus einer ganzen Strahlenreihe der verschiedensten Farben zusammen. In der Darstellung sind es: Rot, Orange, Gelb, Grün, Blau und Violett. Der Strahl gelangt aber nicht in dieser Zusammenfassung bis auf die Erde, sondern die einzelnen Strahlenteile werden bei ihrem Weg durch die Atmosphäre entsprechend ihrer Wellenlänge mehr oder minder abgelenkt. Die stärkste Ablenkung erfährt das kurzwellige blaue Licht, das aus dem direkten Sonnenstrahl ganz verschwindet. Steht also zum Beispiel die Sonne im Mittag, d. h. fallen die Strahlen senkrecht, so werden die blauen Lichtbestandteile, wie man beobachtet hat, ungefähr waagrecht abgelenkt. Sie nehmen ihren Weg nun quer durch die über der Erde liegende Luftschicht, die dadurch zum „blauen Himmel“ wird. Die Ablenkung dieser blauen Strahlen geschieht in der Hauptsache durch die Gasmoleküle der Atmosphäre. Nun enthält die Luft aber noch eine Menge größerer Teilchen, wie z. B. den Kohlenstoff der Industrie, Salze, die von der Brandung des Meeres in die Luft geschleudert werden usw. Diese größeren Verunreinigungen wirken wieder anders als die Gasmoleküle auf das Sonnenlicht ein, denn sie lenken neben den blauen auch die gelben und roten Strahlen ab. Darum ist das indirekte Sonnenlicht, das der Himmel zu uns sendet, besonders in der Nähe von Großstädten nicht mehr rein blau, sondern bläulich oder weiß. Aus diesen Farbablenkungen kann man also auch auf die Reinheit der Luft schließen.

Turnen, Spiel und Sport

Das Turnen der Kreise beim Deutschen Turnfest

Das gemeinsame Turnen junger Kreise beim Deutschen Turnfest findet man erstmals im Jahre 1924 beim Deutschen Turnfest in Breslau. Bei den Festen zuvor gab es jeweils ein Musterturnfest von Vereinen und auch von Gauen. Bei den folgenden Deutschen Turnfesten wurde das Turnen der Kreise planmäßig in die Festfolge eingereiht und hierfür jedem Kreis eine bestimmte Zeit zugewiesen. Hierbei galt es, eine oder zwei Gruppen der allgemeinen Freiübungen zu turnen und dann noch eine beliebige Verführung zu bringen. Besonders in Köln 1928 gab es beim Kreisturnen auf der Jahnwiese prächtige Bilder turnerischer Arbeit zu sehen.

Beim Deutschen Turnfest in Stuttgart wird das Turnen der Kreise am Freitag den 28. Juli vor sich gehen. Die Festwiese in ihrer gewaltigen Ausdehnung bietet auch den größten Kreisen der D.T. hinreichend Raum zur vollen Entfaltung. Jeder Kreis ist hierbei darauf bedacht, mit den Leistungsformen vor die Öffentlichkeit zu treten, in denen er sich besonders leistungsfähig glaubt. Der 11. Turnkreis Schwaben wird bei dieser Gelegenheit ein Vereinswettbewerb zeigen, ein Leistungsgebiet, das bei ihm im Laufe der letzten Jahre einen glänzenden Aufschwung genommen hat.

Das Vereinswettturnen in der D.T., namentlich aber in den südlichen Turnkreisen, erhielt durch das Beispiel der Schweizer Turner einen besonderen Antrieb. Das Vereins-

wettturnen kam in der Schweiz im Jahre 1861 als Sektionswettturnen zur Einführung. In den 80er Jahren wurde es von den badischen Turnern und im Jahre 1882 vom Turnkreis Schwaben übernommen. Von bescheidenen Anfängen ausgehend, hat sich die Beteiligung von Zeit zu Zeit gesteigert. Beim Kreisturnfest in Heilbronn 1929 traten nicht weniger als 31 Vereinsriegen mit 9100 Turnern und Turnerinnen an.

Trotz der Gegnerschaft, die das Vereinswettturnen auch heute noch vielfach findet, können die Kreise, die es bis jetzt eingeführt haben, durchweg nur gute Fortschritte verzeichnen. Aus fachlichen Kreisen ist immer wieder anerkannt worden, daß in diesen Kreisen durch das Vereinswettturnen die Mannesucht und das Ordnungsgedahl besondere Förderung erfahren haben.

Wenn nun der Turnkreis Schwaben das Vereinswettturnen zu seiner Kreisvorführung gewählt hat, so wird dieses bei dem im Herzen des Schwabenlandes stattfindenden Deutschen Turnfest wohl das größte und bedeutendste werden, das bis jetzt in Deutschland abgefeuert wurde. Dies bestätigen schon jetzt die nachfolgend aufgeführten Meldungen. Die in Klammern beigefügten Zahlen bedeuten die Meldungen vom Kreisturnfest in Heilbronn 1929. Bei den Turnern sind gemeldet 144 (341) Vereinsriegen mit 11.221 (7600) Turnern. Darunter befindet sich eine stattliche Anzahl Vereinsriegen mit über 100 Turnern. Von den Turnerinnen wurden 133 (88) Vereinsriegen mit 3029 (1500) Turnerinnen gemeldet.



Miß Europa 1933

Frau Ina Maslow, die Schönheitkönigin der russischen Emigranten, wurde auf der Modeller Konkurrenz der europäischen Schönheitköniginnen zur „Miss Europa 1933“ gewählt.

Senden Sie Ihren Angehörigen im Ausland ständig das Heimatblatt, den „Enztäler“.

Zwangs-Versteigerung

Es werden öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert am Donnerstag den 8. Juni 1933, vorm. 10 Uhr, in Schwann: 1 Faß Most, 230 Liter, 2 leere Fässer, 250 und ca. 300 Liter haltend. Nachmittags 3 Uhr in Birkenfeld: 1 Zimmerbüfett. Zusammenkunft je am Rathaus. Gerichtsvollzieherstelle Neuenbürg.

Glashaut, Salizyl-Bergament-Papier, Einwickel-Papier empfiehlt C. Meek'sche Buchhandlung

A. D. A. C.

Am kommenden Sonntag nachmittag findet unsere Bilderausfahrt statt. Die Ausbedingungen gehen den Mitgliedern in den nächsten Tagen zu. I. Vorf. Beller.

Photo-Albums empfiehlt

C. Meek'sche Buchhandl., Neuenbürg 1000 Mark auf 1. Hypothek (schönes Anwesen) sofort aufzunehmen gesucht. Schriftl. Angebote an die Geschäftsstelle des „Enztäler“ unter Nr. 110 erbeten.

Adolf Hitler:

Mein Kampf

Zwei Bände in einem Band Ungekürzte Ausgabe RM. 7.20 erhältlich in der

C. Meek'schen Buchhandlung, Neuenbürg.

Jede überflüssige Einfuhr von 1000 R-M-Industriewaren oder von 2250 R-M-Nahrungsmitteln macht eine deutsche Familie ein Jahr arbeitslos.



Kauft deutsche Ware und Ihr schafft Arbeit und Brot

Neuenbürg.

Meinen werten Kohlen-Abnehmern empfehle ich, ihren Bedarf rechtzeitig aufzugeben, um zu den billigen Juni-Preisen noch beliefert werden zu können. Auf Wunsch Lieferung frei im Kohlenraum.

Gg. Bacher, Telefon Nr. 289.



Schwäbischer Merkur Stuttgart

Regelmäßige Beilagen: Sonntagsbeilage / Bunte Ernte Frauenzeitung / Sport und Spiel / Technischer Merkur Reise und Rast / Heer und Wehr / Führende Handelszeitung / Das Blatt des anspruchsvollen Zeitungslesers Bestellungen nehmen die Postämter entgegen

Anerkannte Erfolge für Anzeigen aller Art

